

**Zweckvereinbarung
für die Übertragung der straßenverkehrsrechtlichen Aufgaben nach § 45 StVO**

zwischen der

Gemeinde Neukieritzsch

gesetzlich vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Thomas Hellriegel

und der

Stadt Regis-Breitingen

gesetzlich vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Wolfram Lenk

wird aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 71, 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) folgende Zweckvereinbarung über die Übertragung der straßenverkehrsrechtlichen Aufgaben nach § 45 StVO auf den Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Sächsischen Straßengesetzes getroffen

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung

Die Stadt Regis-Breitingen überträgt im Wege der Delegation die Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde nach § 45 StVO, soweit sich diese auf Gemeinde- und sonstige öffentliche Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils geltenden Fassung beziehen auf die Gemeinde Neukieritzsch.

Für die Erfüllung der Aufgabe steht der Gemeinde Neukieritzsch ausreichendes Fachpersonal zur Verfügung.

§ 2 Zuständigkeiten

Die übernehmende Gemeinde Neukieritzsch wird im Außenverhältnis in vollem Umfang allein zuständig und ist damit verantwortlich für die Durchführung der Aufgabe. Die Aufgabe betreffende Hoheitsbefugnisse gehen im Hinblick auf diese Aufgabe auf die Gemeinde Neukieritzsch über.

Die Gemeinde Neukieritzsch und die Stadt Regis-Breitingen bestimmen Ansprechpartner, welche über die konkreten Verfahren informiert werden. Die Abstimmung bei der Mitwirkung mit den jeweiligen Kontaktpersonen kann auf elektronischem Weg herbeigeführt werden.

§ 3 Kosten

Die Kosten für die Aufgabenübernahme tragen die Stadt Regis-Breitingen und die Gemeinde Neukieritzsch gemeinsam.

Die Gemeinde Neukieritzsch hat bis spätestens 31. Januar die Kostenaufstellung für das vorherige Jahr fertig zu stellen und der Stadt Regis-Breitingen bekannt zu geben. Die Fälligkeit der jeweils anfallenden Kosten ist 1 Monat nach Bekanntgabe der Kostenaufstellung.

Für die Kostenermittlung für den Personalbedarf wird die VwV Kostenfestlegung für den Freistaat Sachsen in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt. Bei der Aufstellung der Kosten wird differenziert nach Personal- und Sachkosten.

Von den Gesamtkosten sind die Einnahmen nach der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr in Abzug zu bringen.

Die Aufteilung der Kosten wird anteilig nach den Einwohnerzahlen vorgenommen. Für die Bestimmung der Einwohnerzahl ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. 06. des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend.

Bei einer Eingemeindung einer Vertragspartei werden die Kosten nur in Bezug auf die Fläche und Einwohner der ursprünglichen Gemeinde berechnet. Die Rechtsnachfolge der eintretenden Gemeinde erfolgt nur bezüglich der Fläche und der Einwohner der ursprünglichen Vertragspartei.

§ 4 Geltungsdauer

Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

§ 5 Kündigung und Auseinandersetzung

Eine ordentliche Kündigung kann zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 Monaten erfolgen, frühestens jedoch zum Ablauf des Jahres 2019.

Zum Ablauf des Jahres 2018 besteht ein Sonderkündigungsrecht, welches unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten ausgeübt werden kann.

Wir die Zweckvereinbarung aufgehoben, so haben die Beteiligten eine Auseinandersetzung anzustreben.

§ 6 Streitigkeiten

Können Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten nicht gütlich bereinigt werden, so ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 7 Schlussbestimmungen

Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Neukieritzsch, den 27.02.2018

Thomas Hellriegel
Bürgermeister

Regis-Breitingen, den 27.02.2018

Wolfram Lenk
Bürgermeister